

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
 Bundesminister für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.334.003

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10930/J-NR/2022

Wien, am 4. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Steger und weitere haben am 04.05.2022 unter der **Nr. 10930/J** an meine Amtsvorgängerin eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Einsatz wirtschaftspolitischer Hebel auf europäischer Ebene zur Bekämpfung illegaler Migration** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6

- *Haben Sie jemals in Ihrer Funktion als Wirtschaftsministerin im Rahmen der Institutionen der Europäischen Union zum Ausdruck gebracht, dass die Möglichkeit bestehe, die ökonomische Stärke der EU-Mitgliedstaaten dafür zu nutzen, um im Interesse der EU-Mitgliedstaaten illegale Migranten in deren Herkunftsländer zurückzuführen?*
- *Wenn ja, bei welchem Anlass und vor welchem Gremium haben Sie dies getan?*
- *Wenn ja, welche Reaktionen waren die Folge?*
- *Wenn nein, ist Ihnen die Möglichkeit der Koppelung wirtschaftspolitischer Initiativen an migrationspolitische Notwendigkeiten bislang verborgen geblieben oder haben Sie bewusst von dieser strategischen Option Abstand genommen?*
- *Welche Möglichkeiten sehen Sie, um hinkünftig im Rahmen der Handelspolitik der Europäischen Union einen Beitrag für effiziente Rückführungen zu leisten?*

- *Werden Sie sich zukünftig für diese Möglichkeiten aussprechen?*

Seitens des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort wurde in den Verhandlungen zu verschiedenen Handelsabkommen versucht, eine Verbindung zwischen Zusammenarbeit bei der Rückkehr und Rücknahme von Personen, die sich illegal im Gastland aufhalten und zusätzlichen Transparenz- und prozeduralen Verpflichtungen bzw. Erleichterungen herzustellen. Dieser Zugang wurde beispielsweise bei den Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) im Rahmen der WTO (diese Verhandlungen sind seit 2016 ausgesetzt) sowie im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU-Japan (in Kraft seit Februar 2019) gewählt. In Letzterem ist die Verbindung zwischen Handelsvorteilen und Rückübernahme von Personen, die sich illegal auf dem Staatsgebiet einer Vertragspartei aufhalten im Anhang 8-C "Vereinbarung über den grenzüberschreitenden Verkehr natürlicher Personen zu Geschäftszwecken" zu finden.

Die Herausforderung bei der Verknüpfung von Handelspolitik und Migrationstatbeständen besteht im Wesentlichen darin, die Handelspolitik nicht mit Prozessen zu überladen, die ursächlich nichts mit ihr zu tun haben. Es gilt daher, die richtige Balance zwischen migrations- und handelspolitischen Anliegen zu finden, um die durch handelspolitische Konzessionen gewährleistete Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit nicht zu gefährden.

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort wird sich in laufenden und künftigen Verhandlungen über Handelsabkommen sowie bei der Gestaltung spezifischer autonomer EU-Handelsinstrumente dort, wo es zweckmäßig erscheint, weiterhin dafür einsetzen, dass ein Konnex zwischen Handelspolitik und Migration gewahrt bleibt. Aktuell ist dies beispielsweise in den Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Neuseeland der Fall.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der Reform des Allgemeinen Präferenzsystems/APS der EU eine Bestimmung verankert werden soll, nach der bei schwerwiegenden Verstößen APS-Begünstigter im Zusammenhang mit der Rückübernahme eigener Staatsbürger, die sich illegal in der EU aufhalten, die APS-Präferenzen entzogen werden können. Die Reformdebatte ist noch nicht abgeschlossen; von österreichischer Seite wird eine derartige Bestimmung bzw. Klarstellung unterstützt.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

